

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Baden. 1948-1948 1948

90 (12.10.1948)

DAS NEUE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

Abonnementspreis: Dienstag, Donnerstag, Samstag / Monatsbeitrag: DM 1,80
einzel. Tageshefte, bei Postbezug DM 2,16 / Anzeigen nach Preisliste 3
Unverlangt eingegangene Manuskripte können nicht zurückgesandt werden

Breisgau Markgräflerland Kaisersstuhl

Telefon: Verlag u. Redaktion Lehr 2565 / Postfachkonto, Freiburg i. Br. 4409
und Karlsruhe 2046 / Bankkonto: Obergauische Bank, Zweigstelle Lehr
Kassa: Erstattungspr. bei Störung durch hdb. Gewalt / Telegramme: Neubaden

NR. 90 / 2. JAHRG.

DIENSTAG, DEN 12. OKTOBER 1948

PREIS 20 PFENNIG

Bramuglia wartet auf Antwort

Der Sicherheitsrat hat sich vertagt — Westmächte zu Viermächteverhandlungen bereit, wenn Blockade Berlins aufgehoben wird — Wyschinski erwartet Instruktionen aus Moskau

Paris. Die für den gestrigen Montag vorgesehene Sitzung des Sicherheitsrates wurde, wie ein Reuter-Korrespondent am Sonntag aus Paris meldet, auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Beratungen über den Berliner Streitfall sollen in höchsten diplomatischen Kreisen wieder aufgenommen werden. Der Sicherheitsrat wird sich daher voraussichtlich während der nächsten Tage nicht mit dem Berlin-Problem befassen.

Wie der Reuter-Korrespondent weiter berichtet, verließen die bisherigen Verhandlungen über den Berliner Streitfall wie folgt:

Der Vorsitzende des Sicherheitsrats, Bramuglia, eröffnete im Anschluß an Besprechungen mit den übrigen fünf „neutralen“ Mitgliedern des Sicherheitsrats am Donnerstag direkte Verhandlungen mit den Vertretern der Westmächte. Dabei wurde ihm mitgeteilt, daß diese nicht bereit seien, Viermächteverhandlungen über Deutschland zu beginnen, solange die Blockade Berlins andauert und daß sie außerdem eine zeitweilige Aufhebung der Blockade nicht anerkennen würden.

Am Freitag traf Bramuglia mit dem sowjetischen Vertreter Wyschinski zusammen, um an ihn die Frage zu richten, ob die Sowjetunion bereit sei, die Blockade aufzuheben und an Viermächteverhandlungen teilzunehmen. Wyschinski antwortete, daß er in Moskau zurückfragen werde, wurde als ermutigendes Zeichen betrachtet.

Am Samstag führte Bramuglia erneut separate Besprechungen mit den drei Vertretern der Westmächte und fragte sie, ob sie bereit seien, sich an einer Außenministerkonferenz der Großmächte zu beteiligen, sofern die Blockade aufgehoben wird. Die drei Westmächtevertreter erboten sich Bedenkzeit und trafen am Sonntagvormittag im französischen Außenministerium zusammen, um die gegenwärtige Lage zu erörtern.

Bramuglia erwartet daher zur Zeit eine definitive Antwort von allen vier Großmächten. Da diese vorbereitenden Verhandlungen Zeit erfordern, nimmt man an, daß der Sicherheitsrat nicht vor Mittwoch oder Donnerstag dieser Woche zusammentreten wird. Auch glaubt man, daß die Verhandlungen, sofern keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, bis dahin soweit gediehen sind, daß der Sicherheitsrat lediglich seine Zustimmung zu dem Ergebnis der Verhandlungen zu geben braucht.

Die Unterredung Trumans mit Marshall

Washington. Präsident Truman gab bekannt, daß er den Plan zur Entsendung des Generalstaatsanwaltes Fred Vinson nach Moskau aufgegeben hat. In einer von ihm veröffentlichten Erklärung heißt es, daß er auf Anraten Außenminister Marshall von diesem Vorhaben Abstand genommen habe.

Der Entsendung Vinsons habe die Absicht zugrunde gelegen, die maßgebenden sowjetischen Persönlichkeiten über den Ernst und die Aufrichtigkeit der Gefühle des amerikanischen Volkes hinsichtlich des Atomproblems aufzuklären.

Bei seiner Rücksprache mit dem in Paris weilenden Außenminister Marshall am vergangenen Dienstag habe er seine besondere Sorge über die von den sowjetischen Vertretern hinsichtlich des Atomproblems eingenommene Haltung zum Ausdruck gebracht.

Außenminister Marshall sei auf sein Ersuchen zu Berichterstattung über die Arbeit der verschiedenen in der französischen Hauptstadt tagenden Ausschüsse der UN nach Washington zurückgekehrt. Er habe mit Marshall im Laufe des Samstags zweimal konferiert, wobei ihm der Außenminister im einzelnen über den bisherigen Verlauf der Vollversammlung berichtete. Ferner habe er mit ihm Fragen des zukünftigen Kurses der Regierung in den in Paris zur Debatte stehenden Angelegenheiten erörtert.

Hinsichtlich der Presseberichte über die mögliche Entsendung des Generalstaatsanwaltes Vinson nach Moskau lagen die Tatsachen wie folgt: Er habe Außenminister Marshall am Dienstag seinen tiefen Wunsch zum Ausdruck gebracht, in der Welt den Frieden fest verankert zu sehen. Er habe sich gefragt, ob die Haltung der sowjetischen Delegierten in der Atomfrage nicht ein Mißverständnis seitens der sowjetischen Regierung widerspiegeln, was vom Standpunkt des Weltfriedens im allgemeinen so ernste Folgen haben könnte, daß sich die US-Re-

gierung zur Klärung dieses Mißverständnisses verpflichtet fühle. Auf Grund des Berichtes Außenminister Marshall über die Lage in Paris, der sich die USA gegenübersehen und der Möglichkeit von Mißverständnissen, die durch irgendwelche einseitige Maßnahmen entstehen könnten, habe er beschlossen, von der Entsendung Vinsons nach Moskau Abstand zu nehmen.

Die Einigung der Vertreter der USA,

Keine US-Friedensmission nach Moskau

Die Einwände Marshalls gegen die Entsendung Vinsons zu Stalin

Washington. Außenminister Marshall erklärte in einer eilig zusammenberufenen Pressekonferenz, daß der Vorschlag Präsident Trumans, Generalstaatsanwalt Vinson in einer Friedensmission zu Generalissimus Stalin zu entsenden, vor allem auf die besondere Verantwortung des Präsidenten als Staatsoberhaupt der einzigen Nation, welche die Atom-bombe besitzt, zurückgehe.

Der Außenminister dementierte kategorisch und wiederholt Berichte, daß zwischen ihm und Truman irgendwelche tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten beständen. Pressemeldungen, die darauf hinausliefen, könnten viel Schaden anrichten.

Marshall legte dann seine Einwände gegen den Plan einer Friedensmission nach Moskau dar. Der Sicherheitsrat stand zu dem Zeitpunkt, als die Entsendung Vinsons geplant wurde, kurz vor einer Debatte über die Berliner Krise und das Atomproblem. Unter diesen Umständen bestand die Gefahr eines Mißverständnisses, wenn die USA eine solche einseitige Maßnahme unternommen hätten.

Auf die Berliner Frage eingehend, sagte Marshall: „Wir sind bereit, im Außenministerium die Berliner Frage und das deutsche Pro-

blem zu erörtern, wenn zuerst die Blockade Berlins aufgehoben wird.“

Er habe mit Präsident Truman jede wichtige Angelegenheit, die auf der Tagesordnung der Vollversammlung steht, erörtert, darunter auch das Palästina- und das Spanienproblem. Zu dem letzteren erklärte er, es sei die amerikanische Politik, die Resolution der Vollversammlung vom Jahre 1946 über die Zurückziehung der Botschafter der UN-Mitglieder aus Spanien weiter anzuerkennen und zu beschließen.

Außenminister Marshall führte im Laufe des Sonntags eine Besprechung mit dem amerikanischen Verteidigungsminister James Forrestal. Ueber den Gegenstand ihrer Unterredung ist nichts bekannt. Informierte Kreise glauben jedoch, daß sie eine Wiederaufrüstung Westeuropas erörterten.

Seine ursprünglich für Sonntag vorgesehene Rückreise nach Paris hat Marshall auf Montag verschoben, da er mit dem stellvertretenden Außenminister Robert Lovett, der während der Abwesenheit Marshalls die Geschäfte des Außenministeriums führte, noch verschiedenen wichtige Fragen zu erörtern hatte.

Rhein oder Pyrenäen als Verteidigungslinie?

Angriff aus dem Osten würde auch ohne Militärpakt mit den Westmächten sofortigen Kriegseintritt Amerikas bedeuten

Paris. Die Besprechungen der fünf Verteidigungsminister der Westunion, die mit der Bildung eines europäischen Generalstabs endeten, sind teilweise lebhaft verlaufen. In der Weltpresse werden darüber die widersprechendsten Nachrichten verbreitet. Besonders wegen der Zusammensetzung des Generalstabs soll es zu Divergenzen gekommen sein, doch will „Ce Matin - Le Pays“ jetzt aus gut informierter Quelle erfahren haben, daß in erster Linie die Festlegung der strategischen Pläne Gegenstand von Diskussionen war.

Washington hat als Voraussetzung für eine militärische Hilfe der Vereinigten Staaten die Schaffung eines europäischen Generalstabs und die sofortige Ausarbeitung umfassender strategischer Pläne gefordert, was inzwischen geschehen oder in Angriff genommen ist. Diesen Fragen galt erneut die letzte Zusammenkunft am Quai d'Orsay zwischen Bevin, Marshall und Robert Schuman. Die beiden westeuropäischen Ministerpräsidenten führten ihren amerikanischen Kollegen nochmals die Schwierigkeiten der europäischen Wiederaufrüstung vor Augen. Marshall soll zugesagt haben, die Notwendigkeit einer umfassenden „Pacht- und Leihhilfe“ für Europa bei Präsident Truman zu vertreten und für ihre schnelle Verwirklichung zu sorgen. Jedenfalls aber müsse der im Januar zusammentretende neue amerikanische Kongreß gebittet werden, der sich über die Atlantik-Union das letzte Wort zu sprechen habe.

USA-Verbände müssen ersten Stoß aushalten

Gegen den Hinweis der Westmächte, daß bis zu diesem Zeitpunkt die europäische Verteidigung in ihrer Schlagkraft gelähmt und ein Eingreifen der USA ungewiß sei, wandte sich Marshall mit folgenden Argumenten: amerikanische Kräfte ständen im Herzen Deutschlands, und im Falle eines überraschenden russischen Angriffes hätten diese Verbände den ersten Stoß auszuhalten. Mit anderen Worten: ohne daß irgendein Fakt notwendig sei, befände sich Amerika vom ersten Augenblick an im Krieg, und sobald russische Streitkräfte die Elbe überschreiten würden, kämen amerikanische Superfestungen zum Einsatz gegen die militärischen Ziele in der Sowjetunion. Frankreichs Einwand, daß es als erste Macht einen Stoß auszuhalten hätte, sei aus diesem Grunde nicht stichhaltig.

Rhein — wichtigste Verteidigungslinie

Ueber die strategischen Pläne zur Verteidigung Europas kam es zwischen den fünf

Verteidigungsministern zu einer ausführlichen Aussprache. Für Frankreich bedeutet die Verteidigung Westeuropas die Verteidigung des eigenen Landes, wogegen man den Rhein als wichtigste Verteidigungslinie ansieht. Ueber diese Linie hinaus dürfe es keinesfalls ein Zurückweichen geben, solange Verteidigungskräfte überhaupt noch vorhanden seien. Sollten dem Feind aber entscheidende Einbrüche gelingen, so müsse ein Rückzug in südwestlicher Richtung erwogen werden. Gegen diese These wandte sich Montgomery, da ein Abzug der Verteidigungskräfte in Richtung auf die Pyrenäen die Kanal-Küste entblößen würde. Aus diesem Grunde lehne der britische Generalstab die Idee einer möglichen Räumung der französisch-belgischen Küstengebiete ab. In dem Hauptpunkt aber sind Franzosen und Engländer der gleichen Meinung: daß der Rhein die erste und wichtigste Verteidigungslinie ist.

Erst ab Januar 1950 schlagkräftig

Amerika vertritt zunächst die Ansicht, daß bis zur Vollendung der westeuropäischen Aufrüstungspläne eine Verteidigung der Rheinlinie nicht möglich sei. Mindestens 45 Divisionen und 12000 Kampfflugzeuge seien dazu erforderlich, die aber nicht vor Januar 1950 zur Verfügung ständen. Deswegen müsse man für den Fall eines bewaffneten Konflikts für die nächsten zwölf Monate die Pyrenäen als Verteidigungslinie wählen, deren hohe Bergkette ganz anders als der Rhein ein Vordringen feindlicher Kräfte aufhalten würde. Darüber hinaus sei Spanien, wo bereits zahlreiche Luftbasen im Aufbau seien, ein sicheres Abrückweh für zukünftige Offensiven gegen den Osten.

Die personellen Fragen

All diese Fragen spielten bei der personellen Besetzung des europäischen Generalstabs eine Rolle. Bekanntlich waren gegen die Betrauung Montgomerys mit diesem Posten zunächst von französischer Seite Bedenken erhoben worden, die man später aber zurückstellte.

Die schließlich erzielte Einigung setzt für die westeuropäischen Mächte voraus, daß die amerikanische Hilfe in möglichst kurzer Frist und in möglichst großem Umfang wirksam wird, um zu einer strategischen Planung zu gelangen, die den Bedürfnissen Westeuropas mehr Rechnung trägt, als es angesichts der heutigen militärischen Schwäche möglich ist.

Unsterbliche Fragebogen

Der Fragebogen als Universalmittel zur Festschließung des Individuums ist die Eintrittskarte in den totalen Staat, der sich bei uns jedenfalls offensichtlich zum Staat der schiechthin totalen Neugier entwickelte und uns in ein Volk von Exhibitionisten verwandelte. Der eigentliche Grund für die unvergleichliche „Popularität“, deren sich bei uns der offenbar unsterblich gewordene Fragebogen erfreut, der alle Ecken der Papiererzeugung überdauert hat, wurde jedenfalls, was die heulige Neo-Demokratie offenbar völlig vergessen hat, im Dritten Reich gelegt. Es begann bekanntlich mit den schicksalsschwärzeren Fragebogen des berühmten Abstammungsnachweises, der sich beim gewöhnlichen Sterblichen nur auf Eltern und Großeltern, bei den eigentlichen Machtanwärtigen der Nazidiktatur aber auf über ein Dutzend längst vermoderter Ahnenpaare erstreckte, deren Geschlechtsleben nun unter die Lupe brauner Examinatoren geriet, auf daß die Sünden der Väter bis ins soundsovielte Glied recht alttestamentarisch (übrigens gerichtet) würden. Die Folge war, daß Partei und Staat und der liebe Nachbar dazu durch die schamlose Indiskretion dieses postumen Ermittlungsverfahrens tief in allerlei sorglich gehütete Familiengeheimnisse eindringen, indem sie vorhehliche Geburt, illegitime Abkunft, Ehebruch und jenseitige Verbrüderung noch aus Urvätertagen bloßlegten, wobei schon die bekannte Schicksalshypothese oder der Fall Milch zeigten, wie fragwürdig selbst in den markantesten Fällen das Ergebnis dieser genealogischen Trüffelauche war.

Welches Ausmaß die Tyrannei des Fragebogens annahm, als im zweiten Weltkrieg die Zwangswirtschaft wieder eingeführt wurde und einen Bedarfsbereich nach dem anderen eroberte, ist in frischer Erinnerung. Für jeden, der irgendwo als Erzeuger, Verteiler oder (mehr oder minder normaler) Verbraucher im Wirtschaftsprozess stand, wurde der mit dem eigentlichen, dem Schießkrieg in geheimnisvoller Wechselwirkung stehende „Papierkrieg“, der mit einer schrankenlos fragefreudigen und registriersüchtigen Bürokratie durchgeföhrt werden mußte, jetzt zum wahren Alpdruck. Keine Papierknappheit, kein Mangel an Arbeitskräften brachte der zu Tode befragten Wirtschaft spürbare Erleichterung. Der Fragebogen als Zentralinstitution des totalen Staates zaubert offenbar spielend das technische Material, das er braucht, vor allem aber den selbst das Unerheblichste rastlos „erhebenden“ Menschenapparat herbei, der zu seiner Bedienung nötig ist. Denn im totalen Staat wird bekanntlich nach derselben oft so belanglosen Sache nicht einmal, sondern dutzende oder oftmals Hunderte von Malen gefragt. Von der Fähigkeit, immer neue und immer minutiösere Erhebungen anzustellen und das unter Geständniszwang stehende Frage- und Antwortspiel endlos fortzuspinnen, hängt ja nicht nur die Existenz einzelner Funktionskreise, nein, oft genug der Nachweis der Existenzberechtigung ganzer Ämter, Büros, Organisationen samt Kartellen, Registraturen und einem unübersehbaren technischen Apparat ab. Dazu kam im Krieg als äußerster „existentielle“ Frage der erforderliche Nachweis der militärischen Unabkömmlichkeit derer, die aktiv und auch passiv mit diesem totalitären Gesellschaftsspiel beschäftigt waren. Denn nicht nur im Apparat der Wirtschaftsförderung, sondern auch bei ihrem Objekt, der eigentlichen Wirtschaft, verursachte der tyrannische Fragebogen einen von jedermann verfluchten, geradezu ungeheuerlichen Material- und Personenaufwand, der der eigentlichen Produktion entzogen und einem entarteten Organisationsprinzip blind geopfert wurde.

Aber es gab leider nicht nur machtpolitische sondern auch intellektuelle Interessenten dieses zuletzt nahezu irrsinnigen totalen Ausfragebetriebes, gewissermaßen eine Hohepriesterchaft der neuen Inquisition, die dem Verfahren die letzten Weihen gab. Das waren die Statistiker. Die Statistik als Wissenschaft und der weitverbreitete Aberglaube an ihre Zahlenorakel boten damit, daß sie ein Interesse der „reinen Forschung“, der selbstlosen Wahrheitsuche an dieser hemmungslosen Fragerel anmeldeten, dem totalen Staat, der doch einen eigentlichen Respekt vor der Majestät der Wahrheit und der Würde ihrer Diner überhaupt nicht kennt, einen höchst willkommenen Vorwand. Mit ihm konnte er seinen Einbruch, seinen Anschlag gegen die Würde der Person als solcher und ihren unantastbaren, der öffentlichen Neugier und obrigkeitlichen Reglementierung gleichermaßen entzogenen Freiheitsbereich tarnen. Denn gerade ein Volk wie das deutsche ist nun einmal bereit, gleich in ganze Reihen saurer Äpfel zu beißen, wenn man ihm einreden kann, daß das um der „Ordnung“ willen notwendig sei und daß es um das Interesse der „Wissenschaft“ gehe, die die reine Wahrheit an den Tag bringen müsse. Damit war für den reinen Exhibitionismus einer auch sonst

wenig schamhaften Zeit eine einleuchtende Formel gefunden.

Wir wollen uns hier weder in weitläufige Erörterungen über Nutzen und Nachteil der Wissenschaft für das Leben im allgemeinen, noch über Segen und Fluch der Statistik in unserem kollektivistischen Zeitalter verlieren.

Wir können diese Wirkungen in der Gegenwart nur so gut studieren. Denn wir haben es ja erleben müssen, daß die Tyrannie des Fragebogens mit dem Sturz des Nationalsozialismus keineswegs ihr Ende gefunden, daß sie viel eher selber einen noch unheilvolleren Aufschwung genommen hat.

Die hiermit angegriffene Frage nach den sittlichen Grenzen, die dem Ausfragerrecht öffentlicher Machtinstanzen gestellt sind, gewinnt eine besondere Aktualität unter dem Gesichtswinkel des nunmehr anrollenden Lastenausgleiches.

Denn wenn das letzte Vertrauen in die Sittlichkeit, den einfachsten Anstand und die sittliche Integrität einer Frage zerstört ist, in der Justiz und Spionage ein unentwirrbares Bündnis eingegangen sind, kann die Wirkung auf den sittlichen Rang der Antwort nicht ausbleiben.

Die Möglichkeiten zu Orgien der öffentlichen Neugier, zu denen eine mit deutscher Pedanterie durchgeführte Totalerhebung verlorener und noch vorhandener Sachwerte zum Zwecke eines gerechten Lastenausgleiches verlocken kann, sind in der Tat kaum abzusehen.

Recht und Gerechtigkeit neu verteilt werden kann.

Freuds herrscht in allen Ämtern, wo die Bürokrasie der gesteuerten Wirtschaft im Wanken geraten wäre! Gerettet ist das edle Glied der Fragebogenkundigen Wirtschaftsbürokrasie, die nun wahrhaft etwas zum Ausfragen, zu Nachprüfung an Ort und Stelle, zu Rück- und Gegenfragen hat!

Keine Weltkriegsgefahr in nächster Zukunft

(Copyright by "Neues Europa" und FFD)

Der bekannte Schweizer Prognostiker Louis Emrich, Herausgeber von "Neues Europa", Zürich, ist unseren Lesern kein Unbekannter. Er stellt uns folgenden Beitrag zur Verfügung:

Als vor nun über drei Jahren die verheerende Wirkung der ersten Atombomben die ganze Menschheit in Schrecken versetzte, schien es, als ob ihr dämonischer Erfindergeist den Kulminationspunkt erreicht habe. Dem ist aber leider nicht so. Der Aufschwung der Rüstungsindustrie der Großmächte nahm inzwischen Ausmaße an, die geradezu mit einer industriellen Kettenreaktion verglichen werden können.

Nach übereinstimmenden Schätzungen neutraler Militärschriftsteller und den Informationen, die in Washington, London, Stockholm, Paris, Buenos Aires, Kairo usw. als Grundlage der Berechnungen dienen, verfügen die USA zusammen mit Großbritannien, Frankreich, Belgien und Holland über 30 Divisionen, die heute in Europa gegen Rußland und seine Satelliten sofort eingesetzt werden können.

Demgegenüber verfügen die USA jedoch über das weitaus größere Rüstungs- und Industrie-Potential und außerdem auch über die größere und modernere Luftwaffe. Die Tendenz des amerikanischen Generalstabes geht dahin, bis zum Jahre 1952 eine Raketen-Atombombenluftflotte von 6000 allermodernsten Düsenflugzeugen zu bauen, um damit den nötigen Ausgleich gegenüber den rund 44000 russischen Kampfflugzeugen zu schaffen.

Zeitgeschehen - kurz berichtet

Luftpost jetzt auch in der französischen Zone. Wie Südeuropa vom Postzentralamt in Rastatt erfährt, sind ab 20. Oktober 1948 auch in der französischen Zone Luftpostbriefe zugelassen. Die Gebühren wurden wie in der Bizone festgesetzt: 25 D-Pfennig für je 20 Gramm im innersuropäischen, 50 D-Pfennig für je 20 Gramm im außereuropäischen Verkehr, zuzüglich der üblichen Auslandspostgebühren.

Konferenz der Kultus- und Finanzminister. Die Kultus- und Finanzminister der drei Westzonen werden, wie der württemberg-badische Kultusminister Theodor Bäuerle mitteilte, am 19. u. 20. Oktober zu einer Besprechung in Ravensburg zusammenkommen. Sie wollen gemeinsam über die durch die angespannte Finanzlage entstandene Situation auf dem kulturellen Sektor beraten.

Hilftag Berlin in Hessen. Zum Hilftag Berlin in Hessen veranstalteten die drei nichtkommunistischen Parteien und der FGB Hessen unter dem Motto „Rettet Berlin“ am Sonntag eine Kundgebung auf dem Hünzberg. Dr. Kolb verlas eine gemeinsame Entschliessung der Landesvorstände der SPD, CDU und LDP Hessens sowie der großen caritativen und Berufsorganisationen, in der

die „alles“ und den andern, die „nichts“ verloren haben, bietet den am Schluß Gepeinigten, zunächst aber brennend Interessierten dieser Aktion ihr wahrer Nutznießer, der wiederum in seiner Allzuständigkeit und seinem Alleingriffsbefugnis bestätigt. Totale Staat hält sich diszipliniert zurück, einen großartigen moralischen Vorwand, die Steuerbehörde zu neuen noch peinlicheren Fragen zu ermuntern. Denn wo Aus liegt, da sammeln sich die Geier, und wo Fragebogen eingefordert werden, da regnet es ganz von selbst Denunziationen. Gestützt auf seine Schergen und Spitzel, wird auch hier wieder der allmächtige Staat, wenn wir es wirklich zu dieser Orgie des „Superfragebogens“ kommen lassen, nur seine eigene Macht aufs neue befestigen. Es wäre gut, die Frage der inneren Reparationen, die durch den Lastenausgleich aufs Tote gebracht worden ist, unter diesem Gesichtswinkel noch einmal sehr gründlich zu überprüfen.

6000 Düsenflugzeugen zum Einsatz bringen zu können. Auch die russischen Panzerdivisionen sollen bis 1952 technisch wie auch zahlenmäßig auf die gleiche Schlagkraft wie diejenigen der amerikanischen Tankwaffe von morgen gebracht werden. Die Tatsache, daß die USA auch nicht mehr das Privileg der Herstellung von Atombomben besitzen, ist bei allen einsichtigen Menschen schon seit nicht als Jahresfrist bekannt. Die amtliche Erklärung des amerikanischen Verteidigungsministers James Forrestal, „daß die Russen die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Atombombe und das Herstellungsverfahren kennen, daß sie aber die industrielle Kapazität zur Produktion der Bomben noch nicht besitzen“, ist nichts anderes, als ein Rückzug von der bisher eingenommenen Linie, um den ungezählten Forderungen nach einem Präventivkrieg der USA gegenüber Rußland entgegenzutreten. Dieser Zeitpunkt ist, worüber sich alle maßgebenden Militärschriftsteller einig sind, seit Anfang 1947 verfallen.

Beurteilt man die kommenden Perspektiven des russisch-amerikanischen Machtkampfes um die Domination auf unserem Planeten von allen diesen Gesichtspunkten aus, dann ergibt sich, daß im Laufe der allernächsten Zukunft mit militärischen Großaktionen zwischen der Sowjet-Union und den Vereinigten Staaten in Amerika kaum ernsthaft gerechnet werden kann, und zwar aus dem ganz einfachen Grunde, weil beide Mächtegruppen zu einer militärischen Auseinandersetzung noch nicht in dem Maße gerüstet sind, um die Gewähr zu haben, aus dem Risikokampf als Sieger hervorgehen zu können.

Das angelsächsische Verteidigungsministerium vertritt ganz offen die Ansicht, daß Westeuropa auf der Grundlage der gegebenen Konzeption militärisch nicht zu halten sei und daß ein Kampf um Westeuropa schon deshalb vermieden werden müsse, weil er den Tod von vielen Millionen Westeuropäern und die Zerstörung des gesamten westlichen Kulturlebens bedeuten würde. Die amerikanischen Strategen wollen daher im Krisenfall gegenüber Rußland eine ähnliche Taktik wie gegenüber Japan anwenden: durch direkte Angriffe von ihren ostasiatischen und afrikanischen Stützpunkten aus das Herz der Sowjetunion zu treffen und offene Feldschlachten mit den an Menschenszahl ihnen weit überlegenen russischen Landstreitkräften zu vermeiden.

Die Alternativen aus diesen Analysen ergeben sich von selbst. Sie laufen auf den „bewaffneten Frieden“ hinaus, auf eine Epoche, in welcher sich beide Mächtegruppen auf den großen Endkampf vorbereiten. Doch dieser muß nicht kommen, wie von vielen Kreisen fatalistisch angenommen wird. Er kann auch von einer anderen Ebene durchgekämpft werden: im großen Tschou auf der Basis einer Verständigung! An diese Möglichkeiten glaube ich nach wie vor. Auch alle Zwischenfälle, die noch zu erwarten sind, einschließlich der verstärkten Nadelstichpolitik und alle ihre Auswirkungen, vermögen meinen Glauben, daß es billiger ist, sich zu verständigen, als den gesamten Rest an Kultur, über den wir noch verfügen, dem Moloch Krieg zu opfern, nicht zu erschüttern.

Louis Emrich

Die neuen Besatzungskosten

Südbaden muß 8 Millionen DM aufbringen. Freiburg. Die französische Besatzungsmacht hat nunmehr ihre neuen Forderungen an Besatzungskosten gestellt. Bis 9. Oktober sind von der Zone 20 Millionen DM auszubringen. Rheinland-Pfalz hat zu dieser Summe 10 Millionen DM, Baden 8 Millionen und Württemberg-Hohenzollern 7 Millionen beizubringen.

Südbaden wartet ab

Freiburg. Die badische Staatsregierung hat bisher davon abgesehen, ihre Vertreter in den Sechserausschuß zur Vorbereitung des Staatsvertrages Baden-Württemberg zu ernennen, da man zunächst die Entscheidung der Militärregierung abwarten will.

Schuman in Koblenz

Koblenz. Der französische Außenminister Robert Schuman traf am Sonntagvormittag in Koblenz ein, um dort mit deutschen Politikern zusammenzutreffen. Schuman will sich an Ort und Stelle mit deutschen Besatzungsproblemen vertraut machen. Nachmittags hatte der französische Außenminister längere Unterredungen mit dem Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeppen, sowie mit Vertretern der Kirche und der Gewerkschaften. Schuman erklärte, daß seine Reise rein privaten Charakter habe.

Saarland beantragt Grenzberichtigungen

Saarbrücken. Einem Bericht der „Saarbrücker Zeitung“ zufolge hat — nach Holland und Belgien — nunmehr auch die Regierung des Saarlandes bei der zuständigen internationalen Kommission eine geringfügige Grenzberichtigung gegenüber Deutschland beantragt. Das Saarland verknüpft mit diesem Antrag die Hoffnung auf Anerkennung des Landes im internationalen Rahmen, da eine Billigung des Antrages — wie es in dem Blatt heißt — einer de facto-Anerkennung des Saarlandes gleichkommen würde. Auf Grund sowjetischen Einspruches hätte das Land bislang noch nicht de jure anerkannt werden können.

Das Blatt sieht in der Anordnung der bilateralen Besatzungsbehörden, daß für den Postverkehr mit dem Saargebiet ab 1. Oktober Auslandsstarife gelten, den besten Beweis dafür, daß sich die deutschen bilateralen Behörden in ihrer Hoffnung auf eine Änderung der anglo-amerikanischen Einstellung zur Saarfrage gründlich verpekelt haben.

Rumaniens Königsleichen verbrannt

Sigmaringen. Nach einer Mitteilung aus dem Hause Sigmaringen-Hohenzollern sind in Curtea de Arges, das südöstlich von Hermannstadt liegt, die Überreste der rumänischen Könige aus ihren Gräbern geholt und verbrannt worden. Es handelt sich weiter um die Leichen des Königs Carol I., der 1894 zum König proklamiert wurde, und seiner Gemahlin Elisabeth (als Dichterin bekannt unter dem Namen Carmen Sylva) Jeron Fernandez, als Thronfolger durch ein Dekret 1899 zum präsumptiven König von Rumänien proklamiert und dessen Gemahlin Maria aus dem Hause Großbritannien-Sachsen-Coburg, deren Kinder noch alle leben.

Wieder Schüsse in Berlin

Berlin. Sowjetische Soldaten gaben am Sonntagvormittag an der Grenzkontrollstelle Potsdamer Chaussee auf einen deutschen Kraftwagen, dessen Fahrer versucht hatte, seinen Wagen einer Sicherstellung durch die Polizei zu entziehen, mehrere Schüsse ab. Der Wagen konnte nicht entkommen. Durch einen Querschlug wurde ein an der Kontrollstelle diensttuender deutscher Polizeiwachmeister verletzt.

Vandenberg zur Europafrage

Das Ziel der Amerikaner

New York. Der republikanische Vorsitzende des außenpolitischen Senatsausschusses, Senator Arthur K. Vandenberg, regte in einer Ansprache am Sonntag an, die Vereinigten Staaten sollten ihren zuerst 1948 gemachten Vorschlag auf einen 50 Jahre andauernden Viermächte-Verteidigungspakt erneuern, falls die Sowjetunion fähig, daß die amerikanischen Bestrebungen, Europa wirtschaftlich zu helfen und die deutsche Selbständigkeit wiederherzustellen, zu einem Wiederaufleben des Nazismus führen würden. Das Ziel der Amerikaner bestehe darin, Europa den Europäern zurückzugeben und sie von dem Los eines Amosenspielfängers zu befreien und nicht darin, Europa zu amerikanisieren. Wenn sich Europa wieder heraufarbeiten hat, können wir Europa verlassen, sagte Vandenberg.

Gesetz über US-Mobilisierung

soll bis Dezember fertig sein

Washington. Der endgültige Entwurf eines von „National Security Resources Board“ (Landesamt für Sicherheit und wirtschaftliche Hilfsquellen) ausgearbeiteten Gesetzes über die amerikanische Mobilisierung im Falle eines Krieges soll, wie hier am Sonntag verlautete, im Dezember fertiggestellt sein. Der Entwurf wird dann dem Präsidenten zugestellt werden, der entweder den Kongreß auffordern kann, das Gesetz als Vorsichtsmaßnahme in Kraft zu setzen, oder es zurückzuzahlen, um es erst im Falle eines Krieges wirksam werden zu lassen.

DAS NEUE BADEN
Verantwortlicher Redakteur: Oskar Adamson
Anschr. der Redaktion: Lahr, Schillerstr. 128, Tel. 2598.
Verlag: Demokratische Verlagsanstalt 1948, Lahr, Gohlstr. 6
Druck: Moritz Schauberg, Lahr, Schillerstr. 128, K. & F. Greiner, Rastatt (Baden) — BSW-Verlag K. O. Lörzsch, — A. Reiff & Cie., Offenburg (Baden)

